„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Revision oder Katastrophe!

Das Jahr 1932 scheint zu einem weltgeschichtlich bedeutsamen Jahr werden zu wollen, zu einem Jahr, über dessen Eingangspforte man die Worte setzen sollte: „Revision auf der ganzen Linie oder Katastrophe!"

Die Weltpolitik, deren Fundament auf dem Flugsand des Versailler Friedensdiktates beruht, deren Wurzeln in einer willkürlichen und unnatürlichen „Neuordnung" der internationalen Beziehungen zu erblicken sind, hat in den letzten Monaten und Wochen eine Erschütterung nach der anderen erfahren, daß alle Stützversuche des wankenden Gebäudes sich wie der Widerstand eines Menschen gegen einen heranbrausenden Tornado ausnehmen.

Ob wir auf Deutschland hinblicken, wo Reichskanzler Brüning mit dem Mute der Ueberzeugung aller Welt erklärt, daß das Ende der deutschen Kriegstributzahlungen gekommen ist, oder ob wir die neuesten Ereignisse in Ostasien, in der Mandschurei und China, betrachten — überall tritt uns eine Katastrophenstimmung entgegen, die kein gutes Vorzeichen für das angebrochene Jahr 1932 ist.

Was „Der Courier" in seinem Leitartikel „Völkerbund und Mandschurei" (Ausgabe vom 25. Nov., 1931) nachdrücklich unterstrichen hat, die Ohnmacht des Völkerbundes, dieses Instruments in den Händen der „Siegermächte", hat inzwischen eine mehrfache und drastische Bestätigung gefunden. Der Genfer Debattierklub von Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges Gnaden hat glänzend versagt, als er zum ersten Male in einem weltpolitisch hochbedeutsamen Streitfall wie dem japanisch-chinesischen Konflikt seine Daseinsberechtigung beweisen und seinen vorgeschützten Einfluß geltend machen sollte. Wie kann man von diesem Völkerbund dann erwarten, daß er das dornenvolle und ungemein schwierige Problem der Weltabrüstung wird meistern können? Man braucht kein Prophet zu sein, um heute schon der jetzt zusammentretenden Abrüstungskonferenz in Genf einen Fehlschlag vorauszusagen. Wie es auch in canadischen Zeitungen und Zeitschriften mit aller wünschenswerten Deutlichkeit dargelegt wird, ist das Abrüstungsversprechen von Versailles nicht gehalten worden. O ja, man hat Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien entwaffnet, aber die anderen Mächte sind diesem Beispiel nicht gefolgt, sondern haben im Gegenteil mit überstürzter Eile und unter Anwendung der modernsten technischen Errungenschaften Kriegsrüstungen aufgebaut, gegen welche der zu Unrecht vielverlästerte „preußische Militarismus" ein Kinderspiel war. Die logische Folge eines Mißlingens der Genfer Abrüstungskonferenz müßte sein, daß auch den entwaffneten Mächten wieder volle Handlungsfreiheit auf militärischem Gebiet eingeräumt wird. Wenigstens hätten sie nach ihrer geographischen Lage demselben Rechtsanspruch auf „Sicherheit" wie etwa Frankreich oder Polen. Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien sind derart eingekeilt zwischen feindselige und habgierige Mächte, daß sie einer ziemlich starken Rüstung bedürfen, um sich im Notfalle eines Angriffes seitens ihrer Nachbarn wenigstens verteidigen zu können.

Die sogenannte Abrüstungsfrage ist mithin für die zukünftige Gestaltung der Weltpolitik von weit höherer Bedeutung als all die anderen Fragen und Probleme, über die man sich in den letzten Jahren die Finger wundgeschrieben und die Lungen herausgeredet hat. In Genf muß es sich endgültig entscheiden, ob die Abrüstungsheuchelei der letzten Jahre entlarvt und zu einer grundlegenden Revision des Wettrüstens der Völker geschritten werden wird, oder ob man auf dem Weg zum Abgrund, zu einem neuen Völkermorden, zu einer neuen Weltkatastrophe mit offenen Augen weitertaumeln will. Die Menschheit ist an ihren breiten Volksmassen und im tiefsten Herzen friedenswillig. Noch leidet sie unter den Wunden von 1914—18. Sie verabscheut den Krieg, weil sie erkannt hat, daß der letzte Krieg allen Völkern zum Verhängnis geworden ist, denn so manche, die sich 1918 als die „Sieger" fühlten, stehen heute auf der nämlichen Stufe wie die Unterlegenen. Wird Genf den ersehnten Frieden bringen, einen Frieden des Rechts, der Freiheit und absoluten Gleichberechtigung? Oder wird man das berühmte „Weltgewissen" einfach ersticken?

Es gibt keine andere Wahl als diese: Entweder Revision der Grenzen, der Reparationen, der „Abrüstungsbestimmungen" — oder eine Katastrophe, gegen welche die von 1914—18 nur ein Vorspiel war.

Wie Moskau über Europa denkt.

Der ehemalige russische Volksbildungskommissar Lunatscharski hielt nach Rückkehr von einer längeren Reise, die ihn durch ganz Europa führte, in Moskau einen Vortrag über die europäische Lage. Selbstverständlich legte er an alles seinen einseitigen kommunistischen Maßstab an. Das kapitalistische Europa ist in seinen Augen „ein müder Greis mit faulendem Leib", der aber keineswegs automatisch ins Grab sinken werde. Das „Proletariat" dürfte nicht glauben, daß es nur das Amt des Totengräbers zu versehen haben werde, sondern müsse erst zum Mörder des Greises werden.

Bemerkenswert war namentlich das, was Lunatscharski über die politische Entwicklung Deutschlands zu sagen hatte, das ja heute im Mittelpunkt der Weltpolitik steht. Der Moskauer Kommunist glaubt nicht, daß in Deutschland eine Hitler-Revolution zu erwarten sei. Reichskanzler Brüning sei weit stärker, als man in Deutschland und im Ausland gewöhnlich annehme. Er könne sich im Falle eines Umsturzversuches auf die Reichswehr und die Polizei unbedingt verlassen. Wohl aber dürfte man mit einem Eintritt der Nationalsozialisten in die Brüning-Regierung rechnen. Dann würden die Zentrumspartei und die Nationalsozialisten Deutschland beherrschen. Ein Großteil der Nationalsozialisten ist nach der Ansicht Lunatscharskis mit „blindgeborenen Katzen" zu vergleichen, die sich, wenn sie sehend würden, als Kommunisten entpuppen müßten. Der Sowjetpolitiker hegt folglich die stille Hoffnung, daß eines Tages, wenn die Hitlerleute in die Reichsregierung eintreten und nicht nach Parteirezepten, sondern nach staatsmännischen Prinzipien mitregieren müssen, viele Nationalsozialisten ihrer bisherigen Partei den Rücken kehren werden, um auf der äußersten Linken Anschluß und Trost zu suchen.

Der russisch-deutsche Handelsverkehr.

Die amtliche Zeitschrift der russischen Handelsvertretung in Berlin sagt in einer Besprechung des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens:

„Ein großzügiger, handelspolitischer Kampf ist im Gange um die Neuaufteilung der Weltmärkte. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß gegenwärtig Deutschland das zweitgrößte Ausfuhrland der Welt ist. In wenigen Jahren hat es Großbritannien überholt, und in diesem Jahre wird es voraussichtlich die Vereinigten Staaten überholen. Durch die Abwerrungsmaßnahmen der anderen Länder wird Deutschland am schwersten betroffen.

Dadurch soll natürlich das Interesse Deutschlands an einer Normalisierung des deutsch-russischen Warenverkehrs unterstrichen werden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Sowjets im Jahre 1930 an erster Stelle, im dritten Quartal 1931 aber an zweiter Stelle der gesamten deutschen Ausfuhr standen.

Die Handelsvertretung in Berlin stellt fest, daß die deutsche Maschinenindustrie gegenwärtig mehr Maschinen für Rußland als für den Inlandsmarkt produziert. Aber auch in elektrotechnischen Erzeugnissen, Kraftfahrzeugen und feinmechanischen Fabrikaten steht die Sowjet-Union an erster Stelle unter den deutschen Absatzgebieten.

Die Sowjet-Darstellung übersieht freilich, daß andere Länder durch Kapital und polnischen Einfluß Vorteile auf dem Weltmarkt genießen, die Deutschland nicht zu Gebote stehen. Richtig wird jedoch erkannt, daß der Sowjet-Markt an Bedeutung gewonnen hat, und daß die Russen ihr deutsches Obligo — ebenso wie Deutschland seine Auslandsschulden — zum Teil in Waren bezahlen müssen. Nun ist die russische Ausfuhr nach Deutschland in der Tat außerordentlich stark gesunken: in den ersten 11 Monaten von 436 im Vorjahr auf 275 Millionen Mark 1931. Auch von russischer Seite wird anerkannt, daß hierbei die allgemeine Krise eine ausschlaggebende Rolle spielt. Daneben aber verweist die Sowjet-Vertretung auf die deutschen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft, die den hauptsächlich auf Agrarprodukte eingestellten russischen Export besonders treffen. Der Milderung derartiger Härten dürften die jüngsten Verhandlungen in erster Linie gedient haben.

Wenn auch sowjetamtlich zugegeben wird, daß der alte Fünfjahresplan nicht restlos erfüllt worden ist, so sind doch für den zweiten Fünfjahresplan neue Auslageprojekte vorgesehen, insbesondere Elektrifizierung des Landes, Rekonstruktion des Eisenbahnwesens, Ausbau der chemischen Industrie und Schaffung einer zweiten Kohlen- und Hütten-Basis im Ural-Kusnezk-Gebiet.

Trotzdem besteht noch die Möglichkeit, daß die plötzliche Umstellung Rußlands auf Schaffung von Konsumgütern, um die Lage der Bevölkerung zu bessern, zu einer großen Aenderung der russischen Aufträge und Exporte führen mag. Es scheint, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung das Fallenlassen des zweiten Fünfjahresplanes verursacht hat.

Weltumschau

Kaiser Wilhelm 73 Jahre alt. Niedergebeugt vom Gram über das Hinscheiden seiner Lieblingsschwester Sophie, der früheren Königin von Griechenland, hat der frühere deutsche Kaiser Wilhelm seinen 73. Geburtstag in Doorn in aller Stille verlebt; die üblichen Festlichkeiten waren abgesagt, und von einem seiner Adjutanten erfuhr man, daß er über seinen Kummer ob des Todes der Schwester noch nicht hinweggekommen ist. Von seinem jüngsten Anfall von Luftrohrenentzündung habe er sich aber erholt und werde wieder seine gewohnten Spaziergänge im Schloßpark von Doorn machen können.

„Bis kurz vor ihrem Tode hatte Seine Majestät mit der Schwester in regem Briefwechsel gestanden," sagte der Adjutant. „Von einem Besuch bei ihr in ihrem Krankenbett in Frankfurt hatte er nur aus Rücksicht auf sie Abstand genommen, obwohl vielleicht Niemand gegen einen solchen Privatbesuch Einspruch erhoben haben würde.

„Gesetzt den Fall, ich trete zu ihr ans Bett — sie wird natürlich denken, daß ich alle Hoffnung auf ihre Genesung aufgegeben habe, und das kann nur ihren Zustand verschlimmern," erklärte der Kaiser."

Ein weiterer Grund, der seinen diesjährigen Geburtstag zu einem sorgenvollen machte, ist der Vermögensrückgang der Hohenzollernfamilie. Wilhelm ist nicht mehr imstande, mildtätige Gaben unter seinen alten Soldaten verteilen zu lassen oder zur Bestreitung von archäologischen Forschungsexpeditionen beizutragen, was neben dem Nachweis der Kriegsschuldlüge sein Steckenpferd war.

Von dem Vermögensverwalter der Hohenzollern erhielt ein Vertreter der „Associated Preß", die folgenden Angaben über den Stand der Finanzen des Exkaisers: „Der Gesamtwert des ganzen Land- und Forstbesitzes des früheren preußischen Königshauses bezifferte sich im Jahre 1929 auf etwa $6,750,000, aber heute ist das natürlich nicht mehr der Fall. Alle landwirtschaftlichen und Forstunternehmungen erheischen jetzt Zuschuß. Mit anderen Worten: sie bringen nichts ein, und es müssen Fehlbeträge gedeckt werden. „Man kann sich leicht ausrechnen, was das für einen Familienhaushaltsplan zur Bestreitung von 16 Familien, im Ganzen 49 Personen, bedeutet. Selbst die $3,750,000, mit denen der preußische Staat das frühere Herrscherhaus abgefunden hat, reichen als Betriebskapital für den Land- und Forstbesitz der Hohenzollern nicht mehr aus."

Lavals Reparationsvorschlag. In wohlunterrichteten Kreisen verlautet, daß der französische Premier Laval Großbritanien einen neuen Vorschlag für Kriegsschulden- und Reparationsregelung gemacht hat, der von der Voraussetzung ausgeht, daß die Vereinigten Staaten sich nicht an der Einigung beteiligen werden. Dem Vernehmen nach hat Premier Laval in einer langen Konferenz mit dem britischen Botschafter, Lord Tyrell, die Anregung gemacht, ein kurzes Moratorium für die Reparationen zu gewähren, um die Frage über die amerikanischen Wahlen hinauszuschieben. Das Moratorium soll vor dem 15. Dezember, dem Fälligkeitsdatum der nächsten französischen Zahlung an Amerika, ablaufen. Nach den französischen Wahlen im Mai soll in Lausanne oder an einem anderen Orte eine Konferenz stattfinden, um eine permanente Lösung zu suchen.

Zahlung der ungeschützten Annuitäten unter dem Youngplan soll an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich gemacht und das Geld, wie unter dem Hooverplan, an Deutschland zurückgeliehen werden. Nach Ablauf des vorgeschlagenen Moratoriums sollen Frankreich und Großbritannien nach der Anregung Lavals darüber schlüssig zu werden versuchen, was Deutschland zu zahlen hat.

Es heißt, daß diese Vorschläge von dem britischen Botschafter und den französischen Sachverständigen sorgfältig geprüft worden sind und dann nach London weiter gegeben wurden.

Das französische Auswärtige Amt erwartet die britische Antwort, damit Vorbereitungen für die Zusammenkunft zwischen Laval und Premier Macdonald getroffen werden können.

Ein neuer französischer Vorschlag für ein kurzfristiges Moratorium für die Reparationen am Ende des Hooverjahres dürfte in London günstig aufgenommen werden. Wenn Deutschlands Mitwirkung gewonnen werden kann, so glaubt man, daß sich die Lausanner Reparationskonferenz arrangieren lassen wird. Ein kurzes Moratorium, wie es jetzt von Premier Laval vorgeschlagen wird, ist von der britischen Regierung schon seit mehreren Wochen empfohlen worden.

Gefangenen-Revolte in England. In dem gefürchteten Zuchthause von Dartmoor führten dreihundert Strafgefangene einen wütenden, aber erfolglosen Kampf gegen Aufseher und Polizisten. Der Aufruhr war einer der schwersten in der britischen Gefängnisgeschichte. Dem Vernehmen nach wurden zwei Sträflinge getötet, fünfundneunzig erlitten Verletzungen und einer soll entkommen sein. Die Gefangenen setzten die Hauptgebäude in Brand und versuchten, in Massen über die Wälle zu entkommen. Zwölf Aufseher und Polizisten wurden verletzt.

Später erließ das Innenministerium in London eine Erklärung, nach der keiner der Gefangenen getötet wurde und niemand entkam. Der Bericht sagt weiter, daß sich nur ungefähr 20 Personen im Hospital befänden und daß keiner der Beamten erheblich verletzt wurde.

Die Gefangenen behaupten, daß sie durch Mißhandlung zur Revolte getrieben wurden. Der Höhepunkt kam, als ihre Hafermehlsuppe zum Frühstück ohne Zucker serviert wurde und die Insassen einen Aufruhr begannen, der den Gouverneur S. R. Roberts und einen Kommissar, Oberst Turner, ernstlich in Gefahr brachte. Schon vor Tagesgrauen herrschte Radau im Zuchthaus. Die Gefangenen rüttelten protestierend an den Zellentüren. Als die Sträflinge vor dem Gottesdienst zu einem Spaziergang in den Hof getrieben wurden, rotteten sie sich zusammen und begannen, die Wärter anzugreifen.

Als die Aufsässigen, die von einem Gefangenen mit einer Trompete angeführt wurden, die Oberhand zu gewinnen drohten, trafen Polizeiverstärkungen von Plymouth und umliegenden Orten ein und trieben sie mit Gewehrfeuer und Knüppeln in die Zellen zurück.

Inzwischen war eine Gruppe der Gefangenen in das Bureau des Gouverneurs gedrungen, der sein Heil in der Flucht suchen mußte. Die Verwaltungsgebäude wurden in Brand gesetzt und die amtlichen Akten zerstört. Erst spät am Nachmittage konnte das Feuer unter Kontrolle gebracht und der Aufruhr endgültig unterdrückt werden.

Generalsekretär des Völkerbunds tritt zurück. Der Völkerbundrat, der sich in seiner Sitzung erneut mit dem Mandschureistreit und mit der unmittelbar bevorstehenden Abrüstungs-Konferenz zu befassen hat, steht in Gefahr, seinen langjährigen Generalsekretär, den Engländer Sir Eric Drummond, zu verlieren.

Sir Eric, seiner ins Endlose wachsenden Amtsbürden müde, soll, wie hier heute abend verlautet, sich mit der Absicht tragen, seine Resignation einzureichen.

Man glaubt hier indeß, daß es dem Rat gelingen wird, den General-Sekretär zu überreden, wenigstens solange auf Posten zu bleiben, bis die derzeitige Doppelkrise des Mandschureistreits und der Abrüstungs-Konferenz überwunden sein wird. Allerdings heißt es, Sir Eric habe sich dahin ausgesprochen, sein Rücktritt sollte sofort erfolgen, da zu befürchten stehe, daß sich die Abrüstungs-Konferenz endlos hinziehen werde und die Mandschurei-Wirren wohl noch für Monate hinaus den Rat beschäftigen dürften.

Als möglicher Nachfolger wird der frühere langjährige Außenminister Frankreichs, Aristide Briand, genannt.

Der bevorstehende Rücktritt Sir Eric Drummonds wird in Ligakreisen lebhaft besprochen. Er wurde bekanntlich durch die Ligasatzungen selbst in sein hohes Amt gebracht, das er während des Bestandes des Völkerbunds, also seit 12 Jahren, verwaltet hat. Er soll kürzlich einem Freund gegenüber erklärt haben: „Ich kann die herbe Kritik, die an dem Völkerbund geübt wird, aushalten, solange es uns gelingt, den Ausbruch von Krieg zu verhüten."

Roter Aufruhr in Spanien. Das in ganz Spanien zutage getretene Bestreben der Kommunisten, eine Diktatur des Proletariats ins Leben zu rufen, scheint unter den scharfen Gegenmaßnahmen der spanischen Regierung zusammengebrochen zu sein, aber noch dauern in Malaga, Sevilla und Valencia sehr bedenkliche Arbeiterwirren an.

Hunderte von Verhaftungen in ganz Spanien sind erfolgt, und Polizei und Militär werden für den Fall in Bereitschaft gehalten, daß diese Ausstände weiter um sich greifen sollten. Die Regierung glaubt aber, Herrin der Situation geworden zu sein, und in Madrid und in Barcelona herrschte Ruhe. Dagegen wurde in Lerida und in den kleinen Nachbarstädtchen von Cordoba ein Generalstreik erklärt, und in Cordoba selbst legten 4000 Fabrikarbeiter auf einmal die Arbeit nieder. In Valencia ist es trotz des ungewöhnlich großen Militäraufgebots zu Krawallen gekommen, bei denen ein Mann von der Zivilgarde umgebracht wurde und ein Straßenbahnwagen, sowie zwei Motorbusse verbrannt wurden.

In der Umgegend von Cordoba herrscht unter der Arbeiterbevölkerung erbitterte Gärung. In Montserrat wurden die Sakristei und die Bibliothek einer Kirche zurz und klein geschlagen.

In Sevilla sah man sich zur militärischen Besetzung aller Gebäude der Gesellschaften gezwungen, welche der Stadt Wasser, Elektrizität und Gas liefern. In Kadix wurde ein Versuch zweier Brandstifter, die San Antonio-Kirche in Flammen aufgehen zu lassen, vereitelt. Verhütet wurde auch eine versuchte Vernichtung der Geleise einer Madrider Straßenbahn.

Bei Alcerisa ist den Roten eine Quantität Dynamit, die beim Eisenbahnbau verwendet werden sollte, in die Hände gefallen, mit der sie Telephon- und Telegraphenverbindungen gesprengt haben. Ihre Hauptquartiere sind aber von der Polizei geschlossen worden.

In Madrid erklärten die Regierungsbeamten, der rote Aufstand sei von langer Hand — seit Oktober — vorbereitet worden, werde aber energisch unterdrückt werden, selbst wenn die Regierung sich genötigt sehen sollte, noch viel schärfere Maßnahmen zu treffen wie bisher.

Die Unterdrückung in Indien. Seit Beginn der Nationalisten-Bewegung sind in Durchführung der Gegenmaßnahmen der Regierung 789 Personen, unter diesen viele Frauen, in den Vereinigten Provinzen Indiens verhaftet worden. In Kalkutta wurden 55 Nationalisten zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu drei Jahren verurteilt und zahlreiche weitere Verhaftungen vorgenommen. Alle großen Börsen in Bombay sind noch geschlossen als Protest gegen Gandhis Verhaftung. Die Regierung hat Vorführung von Gandhi-Wandelbildern verboten.

Aus dem Gefängnis in Yeroda sandte Gandhi sein erstes Schreiben, gerichtet an Frl. Madeline Slade, die junge Engländerin, die eine seiner treuesten Schülerinnen ist. Er schreibt ihr, er sei mit seiner Lage zufrieden und teile seine Zelle mit Vallabhai Patl, einem anderen Nationalistenführer. Täglich spinne er 200 Yards Garn, lese aber nicht viel und jeden Abend gehe er zwei Stunden lang im Gefängnisgelände umher. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Sage allen meinen Freunden daheim und im Ausland, daß sie nicht um mich besorgt sein sollen."

In Kalkutta wurde eine Bombe in einen Eisenbahnzug geworfen, in welchem Harold Quinton, Distrikts-Magistrat von Howrah, saß befand. Niemand wurde verletzt, der Täter ist entkommen. Quinton, der schwerhörig ist, vernahm das Getöse der Explosion, glaubte aber anfänglich, daß seine Pistole sich zufällig entladen habe. Von anderen Passagieren kamen Schreckensrufe, und der Zug wurde zum Stehen gebracht. Sprengstücke einer augenscheinlich eigenhändig von dem Täter gefertigten Bombe wurden gefunden.

Eine amtliche Meldung aus Ducknow besagt, daß bei einem Krawall in Jagannathpur ein Mann durch Gewehrfeuer der Polizei getötet und drei verwundet wurden. Eine bewaffnete Schutzmannschaft hat dort die Ruhe wieder hergestellt.

Die britische Regierung will in ihrem Entschluß, die Ungehorsamskampagne Mahatma Gandhis zu unterdrücken, kein Kompromiß zulassen, wie Vizekönig Lord Willingdon in der Eröffnungsansprache der gesetzgebenden Versammlung Indiens erklärte.

„Während die Regierung Schritte tun wird, um einen Mißbrauch der den Behörden gegebenen Sondervollmachten zu verhüten, kann in der Durchführung der Maßnahmen nicht nachgelassen werden, solange die Verhältnisse bestehen bleiben, die sie notwendig machten," sagte der Vizekönig.

„Keine Regierung, die den Namen verdient, würde zögern, die Herausforderung Gandhis anzunehmen. Die Oeffentlichkeit, oder diejenigen, die es auf sich nehmen, die Gesetze zu brechen, sollten sich keinen Illusionen hingeben: Ich und meine Regierung sind entschlossen, die vollen Machtmittel des Staates gegen eine Bewegung einzusetzen, die sonst eine ständige Bedrohung ordnungsmäßiger Regierung und persönlicher Freiheit sein würde."

Rebellion in San Salvador. Ueber alle Provinzen der kleinen zentralamerikanischen Republik San Salvador wurde das Kriegsrecht verhängt, nachdem blutige kommunistische Aufstände in allen größeren Ansiedlungen des Landes ausgebrochen sind. Zahlreiche Personen wurden in den Kämpfen zwischen „bolschewistischen Horden, wie eine Regierungsmitteilung die Aufständischen nennt, und der regulären Armee getötet. Eine spätere Meldung besagt, daß die Revolution niedergerungen sei und im Lande Ruhe herrsche. Die Führer der Kommunisten wurden angeblich zum größten Teil gefangen. In Colon wurden der Mayor, der Gemeinde-Sekretär, der Polizei-Kommandant und ein Telegraphist getötet, während in Japa viele Häuser in Brand gesteckt worden sind.

Mit 115 Marinesoldaten an Bord, bereit in voller Kampfausrüstung an Land zu gehen, dampften drei amerikanische Kriegsschiffe nach San Salvador, um dort amerikanische Leben und Eigentum in dem ausgebrochenen Aufstand zu schützen. Auch England rief aus Panama City einen Kreuzer ab, während zwei canadische Kriegsschiffe bereits im Hafen von Acajutla ankerten.

Die erste Nachricht über die Rebellion traf in Washington vom Gesandtschaftsrat William J. McCafferty ein. Im Staats-Departement wurden Befürchtungen laut, daß eventuell die amerikanischen und englischen Banken ausgeraubt würden.

Erst in den letzten beiden Jahren hat die kommunistische Propaganda in San Salvador eine besonders rege Tätigkeit entfaltet. Ihr Hauptsitz war in Sonsonate, einer Stadt von 20,000 Einwohnern.

Wichtige Daten der Weltgeschichte.

Das Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt" hat hervorragenden Persönlichkeiten in Deutschland und im Ausland die Frage vorgelegt, welches Datum die Weltgeschichte nach ihrer Ansicht das bedeutungsvollste sei.

Bernhard Shaw, dem der Londoner Korrespondent des genannten Blattes diese Frage stellte, gab die Antwort: den 26. Juli 1856. Auf die überraschte Frage weshalb Shaw gerade dieses Datum für das wichtigste der Weltgeschichte halte, gab der Dichter zur Antwort: „Das müssen Sie selbst nachschlagen." Der Korrespondent schlug nach und stellte fest, daß der 26. Juli 1856 der Geburtstag Shaws ist.

Uebrigens war Shaw der Einzige, der die Frage auf diese Weise spöttisch abzutun suchte.

Die meisten anderen Befragten bezeichneten als das bedeutungsvollste Datum in der Weltgeschichte den Geburtstag Jesu Christi, andere den Tag der Erfindung der Druckerpresse durch Gutenberg. Dem spanischen Botschafter in Berlin erscheint die Erfindung des Rades als eine der folgenreichsten Taten in der Weltgeschichte. Sir Josiah Stamp, Mitglied des Direktoriums der Bank von England sieht als die wichtigsten Daten der Menschheitsgeschichte, abgesehen von der Geburt Christi, die Geburtstage von Kopernikus und Darwin an.

Professor A. M. Low, der hervorragende junge Physiker antwortete: „Die beiden Tendenzen, die heutzutage das Privatleben der Menschen am nachhaltigsten beeinflussen, und die Steigerung des materiellen Komforts und die Erhöhung der Verkehrsgeschwindigkeit. Deswegen glaube ich, daß man zurzeit den Geburtstag Faradays als das wichtigste Datum der Geschichte ansehen muß."

H. G. Wells, der berühmte englische Schriftsteller, nennt eine Anzahl von Daten als die wichtigsten der Weltgeschichte, unter ihnen den Tod Karls des Großen, den Tod Cäsars, Mohammeds Tod, den Tod Kaiser Friedrichs II., die Verbrennung von Johann Hus, die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus, den Tod Karls V., den Westfälischen Frieden, die Erklärung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika und die beiden russischen Revolutionen.

Bayern für Hindenburg

Führende Männer unterstützen seine Kandidatur. Eine Strömung gegen Adolf Hitler.

München. — Ein Appell an das deutsche Volk, sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einzusetzen, ist von einer Gruppe angesehener Männer im öffentlichen Leben Bayerns unterzeichnet worden. In dem Appell, der dem altehrwürdigen Feldmarschall ungeteilte Unterstützung zusichert, werden die Wähler der Nation aufgefordert, unbeachtet der „politischen Einstellung, des Geschlechtes und der Parteizugehörigkeit", den Feldmarschall zu unterstützen als „den Mann, der wie kein anderer Deutschland personifizierte". Der Appell hat die Unterschrift von Großindustriellen, Wissenschaftlern, Militärs, Beamten, Künstlern und Journalisten gefunden.

Wie verlautet, hat auch der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Heinrich Sahm, seinen Einfluß in den Dienst der guten Sache gestellt. Er beabsichtigt, demnächst eine Einladung an alle führenden Frauen und Männer Deutschlands ergehen zu lassen, sich einem in der Bildung begriffenen Bürgerausschuß zur Betreibung der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg anzuschließen.

In politischen Kreisen wird dieser Aufruf als ein Zeichen dafür angesehen, daß eine Strömung gegen Adolf Hitler, den Führer der Nationalsozialisten, eingesetzt hat, der beabsichtigen soll, da er als Nichtdeutscher nicht wählbar ist, einen eigenen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Weiter wird dieser Appell als ein Versuch betrachtet, die Abstellung einer Situation anzustreben, in der die Kandidatur des Reichspräsidenten zum politischen Fangball gemacht wird.

Oesterreicher von Krokodil zerrissen.

Innsbruck, Tirol. — Der hier Beheimatete Afrikaforscher Alois Kirchlechner ist am 16. Dezember bei Dire a Quen im Nil von einem Krokodil zerrissen worden, auf das er von seinem Boote aus einen Fehlschuß aus seiner Büchse abgegeben hatte.

Vatikangebäude durch Risse bedroht.

Vatikanstadt. — Autoritäten des Vatikans sind über Einsturzzeichen an gewissen Gebäuden in der Vatikanstadt schwer beunruhigt. Der Katalogsaal der Vatikanbibliothek wurde eiligst geräumt, als ein großer Riß in dem Gebäude entdeckt wurde. Ein Teil davon war am 23. Dezember eingestürzt. Auch eine Wand der Bildhauer-Galerien wies Sprünge auf. Man glaubt jedoch nicht, daß hier unmittelbare Gefahr vorliegt.

— Ein Professor der Kunstgeschichte in Tübingen gebar einst folgenden Hingesatz: „Dasch beschte, edelschte und erhabenschte in der Kunscht und in der Plaschtiek isch unbeschtritte der Bruschtkaschte der Venusch von Medit'schie!"